https://www.uef.fr/conventions-democratiques-pour-une-methode-ouverte-et-un-debat-europeen

Demokratische Konvente: für eine offene Methode und eine europäische Debatte

Beschluss der Generalversammlung der UEF Frankreich vom 7. Oktober 2017

Vor dem Hintergrund, dass das Abhalten eines europäischen demokratischen Konvents eine zentrale Forderung des politischen Projekts der europäischen Föderalisten ist (siehe Manifest der europäischen Föderalisten von 1957) und eine demokratische und souveräne europäische Föderation schaffen kann.

Im Kontext der Rede die der französische Staatspräsident Emmanuel Macron am 26. September 2017 in der Sorbonne gehalten hat und in der er sein Vorhaben in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union der gewillt ist vor Ende des Sommers 2018 europäische demokratische Konvente zu organisieren mit denen das europäische Projekt von seinen Bürgern neugegründet werden soll.

Bleibt nach der Rede dennoch offen, nach welcher Methode die Konvente abgehalten werden sollen und ob sie zur Reform der Europäischen Verträge oder gar zur Einsetzung einer europäischen Verfassung führen können.

Vor dem Hintergrund, dass die Methode, die sich in den Vorschlägen des französischen Staatschefs bisher abzeichnet in Richtung nationaler Konvente in den Mitgliedstaaten auf der Basis von schriftlichen Konsultationen geht, was die Fortführung der intergouvernementalen Methode und die Vorrangstellung des europäischen Rats bei der Koordinierung der Konvente und das Ausbleiben eines transnationalen Konvents auf europäischer Ebene bedeutet.

Begrüßt die UEF Frankreich den **Willen des Staatspräsidenten das europäische Projekt neu zu beleben und die Bürger‘innen in den Mittelpunkt dieser Neugründung zu stellen**. Diese Initiative ermöglicht es den Bürger‘innen Stellung zu nehmen zu dem Europa, das sie sich vorstellen und einrichten möchten. Mit diesem offenen und inklusiven Prozess der die Bürger‘innen einbindet wird eine eventuelle Reform der europäischen Verträge möglich.

Allerdings stellen wir hohe Anforderungen an die Zielsetzung des Vorhabens sowie was die Methode angeht. Die Methode muss den Herausforderungen solcher Konvente entsprechen und angepasst werden damit eine Mehrheit der europäischen Bürger‘innen teilhaben kann und demokratische Prinzipien eingehalten werden. Die Methode sollte mindestens folgende Aspekte befolgen:

Die legitime Vertretung der Bürger’innen sichern

Nicht jede‘r einzelne Bürger‘in wird am Konventsprozess teilnehmen können. Der Prozess muss sich jedoch auf eine legitime Vertretung der Bürger‘innen stützen. Er muss lokale, nationale und europäische Vertreter‘innen aus der Gesellschaft, der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften und der Abgeordneten einbinden und die geographische Vielfalt widerspiegeln. Er muss sich aus den Erfahrungen der

Zivilgesellschaft was die Inhalte sowie die Methode angeht speisen und sie in die Organisation der Konvente einbeziehen.

Eine wahre Debatte und Schaffung eines gemeinsamen Projektes

Eine Methode die ausschließlich auf schriftliche Konsultationen zurückgreift kann leicht zu einer Polarisierung von Kritik und Ängsten vieler Bürger'innen zum heutigen Europa einerseits und Vorteilen und Interessen der Bürger'innen was die europäische Einigung angeht andererseits. Eine solche Methode fördert weder die Debatte zwischen Bürger'innen noch die Entstehung eines Projekts, einer gemeinsamen Hoffnung was das Europa von morgen angeht. Außerdem ist der geplante Zeitrahmen zu kurz. Erfahrungen zum Konvent zur Zukunft Europas zeigen, dass ein Konvent mindestens ein Jahr braucht. Die Debatte braucht Zeit für das zuhören, das Verständnis und den Kompromiss. Eine schriftliche Konsultation erscheint uns spaltent und nicht einend.

Entstehen eines europäischen Interesses sichern

Mit der vorgeschlagenen Methode würde die Schaffung des neuen politischen Projekts von einem nationalen Standpunkt her stattfinden. Jeder Staat würde eine Konsultation organisieren ohne Abstimmung oder Organisation auf europäischer Ebene bei denen die Bürger'innen sich austauschen. So kann kein wirkliches europäisches Interesse entstehen, das einen europäischen politischen Raum und eine europäische Öffentlichkeit unter und mit den Bürgern schafft. Die bisher vorgeschlagene Methode scheint die intergouvernementale Methode fortzusetzen. Zwar würden die Bürger'innen gestärkt, doch der Rat würde das Monopol der Veränderung und der Reform im Anschluss an die Konsultation behalten. Sie würde das Demokratiedefizit des politischen Europa nicht beseitigen. Wir brauchen nicht 27 nationale Projekte sondern ein einziges Projekt, das der europäischen Bürger'innen. Die bisherige Methode geht nicht über den nationalen Tellerrand hinaus.

Die UEF Frankreich fordert deshalb eine **offene Methode zu schaffen, die eine langfristige konstruktive europäische Debatte** über mindestens ein Jahr hinweg organisiert. Dieser Prozess kann nicht lediglich eine riesige Konsultation der Bürger'innen durch die Regierungen der Mitgliedstaaten sein.

Wir fordern daher die Organisation von lokalen, regionalen und grenzüberschreitenden Konventen und vor allem die **Schaffung eines transnationalen Konvents auf europäischer Ebene um ein auf ein wirklich gemeinsames Interesse gegründetes Projekt zu schaffen und nicht eines was die Summe nationaler Interessen darstellt**.

Die Europawahlen im Juni 2019 könnten die Einrichtung eines solchen europäischen Konvents letigimieren und dem neu gewählten Europäischen Parlement ermöglichen eine konstituierende Versammlung einzurichten die lokale, regionale, nationale und europäische Abgeordnete, Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und in der Debatte engagierte Bürger'innen zusammenbringt. Ihr Auftrag wäre die Ergebnisse der lokalen und regionalen Konvente in Europa zusammenzutragen, sie zu analysieren und die Debatten damit zu speisen. Digitale Technologien können die Interaktion zwischen den Bürger'innen und den Mitgliedern des Konvents sowie die Konsultation der Bürger'innen während des gesamten Prozesses unterstützen. Dieses Projekt muss vor allem ein gemeinsames Projekt aller europäischer Bürger'innen sein und nicht das der Mitgliedstaaten oder nationalen Regierungen. Diese Versammlung wäre legitimiert am Ende ihrer Arbeit und der Debatten eine europäische Verfassung vorzuschlagen, die anschließend von den europäischen Bürger'innen beschlossen würde.

Falls das Ziel der Verfassung einer **europäischen Verfassung** nicht beschlossen wird, würde der Konvent zur Schaffung einer wirklichen europäischen Souveränität führen. Der Prozess muss mindestens die **Reform der aktuellen europäischen Verträge umsetzen damit die institutionellen und politischen Fehlfunktionen der Europäischen Union korrigiert werden und ein immer transparenteres, politisches und demokratisches Europa geschaffen wird, das ihre Bürger'innen in Entscheidungsprozesse einbindet**.